

Mehr Macht dem europäischen Volk

Die Politikverdrossenheit wächst, Initiativen wollen aus passiven Bürgern aktive Gestalter der Demokratie machen. Wie kann das funktionieren?

Von Susanne Wolf

Selten war der Volkszorn der Österreicher so groß wie nach dem Bekanntwerden des Hypo-Skandals: Neben der Bürgerinitiative des „Wutbürgers“ Roland Düringer forderten drei weitere Petitionen eine Aufklärung der Geschehnisse rund um die Hypo Alpe Adria – insgesamt wiesen diese rund 250.000 Unterschriften auf. Mithilfe von parlamentarischen Bürgerinitiativen können österreichische Staatsbürger Anliegen, die von mindestens 500 wahlberechtigten Staatsbürgern unterstützt wurden, einbringen. Auch EU-weit ist dies möglich: Im Dezember 2013 wurde Right2Water als offiziell erste erfolgreiche EU-Bürgerinitiative bekannt gegeben. Es gab rund 1,88 Millionen Unterstützungserklärungen aus 16 Ländern für die Initiative, deren Forderung es ist, Wasser als Menschenrecht anzuerkennen.

Aktive Rolle. Seit dem 1. April 2012 haben EU-Bürger die Möglichkeit, ein Thema auf die europäische politische Agenda zu setzen. Dazu müssen eine Million Unterschriften aus mindestens sieben unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden. Die Europäische Kommission will erreichen, dass die Bürger eine aktivere Rolle in den politischen Prozessen übernehmen. Auch hierzulande kämpfen zahlreiche Initiativen für mehr Bürgerbeteiligung: So wurde die Aktion 21 als Vereinigung von Wiener Bürgerinitiativen mit dem Ziel gegründet, die Bevölkerung in kommunalen Planungen und Vorhaben einzubeziehen. Das Forum Informationsfreiheit (FOI) setzt sich mit seiner Kampagne Transparenzgesetz.at für eine Veröffentlichungspflicht für Behörden und für das Recht auf Einsicht in die Akten der Verwaltung ein. „Die Korruptionsskandale der letzten Jahre waren großteils nur möglich, weil die Handlungen der Verwaltung der Kontrolle der Öffentlichkeit entzogen waren“, meint Josef Barth, Gründer des FOI.

Wie der Dialog zwischen etablierten und neuen Stimmen in der politischen Arena verbessert werden kann, darum geht es auch beim diesjährigen



„Direkte Demokratie setzt kluge Menschen in wichtigen Entscheidungspositionen voraus.“

Regula Stämpfli Politologin



Forum Alpbach. „Als Stiftung geht es uns darum, Bürger aufzuwecken, zusammenzubringen und zur Aktion im demokratischen System zu befähigen“, sagt Verena Ringler von der deutschen Stiftung Mercator und Mitglied im Beirat des politischen Symposiums des Forum Alpbach. „Bürger haben Rechte, Pflichten und im Idealfall eine zu ihren gewählten Volksvertretern gleichwertige Stimme.“

In der Schweiz ist direkte Demokratie Realität. Mithilfe von Volksbegehren, Volksbefragungen und -abstimmungen kann die stimmberechtigte Bevölkerung unmittelbar über politische Sachfragen mitentscheiden – wobei nur letztere zu einer rechtsverbindlichen Entscheidung des Volkes führt. „Das klingt gut, doch beteiligt sich höchstens die Hälfte der stimmberechtigten Schweizer an Abstimmungen und noch weniger an Wahlen“, relativiert die Schweizer Politologin Regula Stämpfli. Dass direkte Demokratie auch ihre Tücken hat, zeige der knappe Ausgang der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“: „Die Schweizer Regierung hätte die Masseneinwanderungsinitiative wegen Verfahrensfehler zurückweisen können, dann hätten

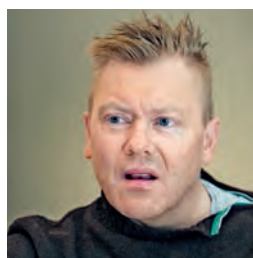


EU-PARLAMENT Neues Prozedere

Wie schwierig Fortschritte in demokratischen Prozessen bisweilen sein können, zeigte die Wahl von Jean-Claude Juncker zum EU-Kommissionspräsidenten durch das Europaparlament. Nicht nur ÖVP-Delegationsleiter Othmar Karas bezeichnet diese Vorgehensweise – Spitzenkandidaten für die EU-Wahlen, deren Gewinner wird Kommissionspräsident – als „unumkehrbares“ Prozedere.

die Initiatoren selbst das Gesetz formulieren müssen. Direkte Demokratie setzt kluge Menschen in wichtigen Entscheidungspositionen voraus.“

Komiker als Bürgermeister. Im Mai 2010 holte der Isländer Jón Gnarr mit seiner Spaßtruppe Besti flokkurinn (Die beste Partei) bei den Wahlen zum Reykjavíker Stadtparlament 35 Prozent der Stimmen. Gnarr versprach jedem Besucher eines öffentlichen Schwimmbads kostenlose Benutzung eines Handtuchs und gab das Versprechen, alle Versprechen zu brechen, sobald er im Amt sei. Als Bürgermeister ging Gnarr eine Koalition mit den Sozialdemokraten ein, sanierte die maroden Finanzen der Stadt und reformierte die Verwaltung. Heute geben seine Gegner zu, dass er als Bürgermeister ein Glücksfall für die Stadt war. Bei den Kommunalwahlen Anfang Juni hätte Gnarr gute Chancen gehabt, wiedergewählt zu werden, doch vier Jahre im Amt waren ihm genug. „Überall sonst wollen wir Mobbing loswerden, aber in der Politik wird so ein Verhalten nicht nur akzeptiert, sondern sogar erwartet“, sagte Gnarr im Interview mit



„Berufspolitiker sind selbstbewusste, schnell redende und schnell denkende Alphamänner.“

Jón Gnarr ehem. Politiker

der „FAZ“. „Nur wenn wir das ausschalten, bekommen Menschen Lust, in die Politik zu gehen, und zwar verschiedene Arten von Menschen.“

Um Ideen unters Volk zu bringen, setzte Gnarr auch auf Social Media – damit ist er nicht alleine: Das Internet wird dafür genutzt, Bewusstsein für zivilgesellschaftliche Anliegen zu schaffen. „Ein gutes Beispiel für E-Partizipation ist Wikipedia: Wir können sehen, wer die Informationen geschrieben hat und welche Änderungen gemacht wurden“, sagt Peter Parycek, Leiter des Zentrums für E-Governance an der Donau-Uni Krems. Auch Social Media werde zunehmend für die Mobilisierung genutzt: „Nicht nur auf Facebook und Twitter, sondern etwa im globalen Kampagnen-Netzwerk Avaaz werden Themen diskutiert, die politisch gerade aktuell sind.“ Avaaz wurde 2007 gegründet, um mit Bürgerstimmen politische Entscheidungen zu beeinflussen – in Form von Petitionen, durch die Finanzierung von Anzeigenkampagnen und Events und durch Kontaktaufnahme mit Regierungsvertretern. Jedes Jahr werden die Schwerpunkte von Avaaz durch eine Mitgliederumfrage festgelegt, eigene Petitionen können gestartet werden. |